

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

85. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuß

63. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. September 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Ursula Kähler (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Weitere Abgeordnete

Peter Zahn (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Tagesordnung:	Seite
1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002	4
Drucksache 14/1628	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 14/1590	
• Einzelplan 04	
• Kapitel 1204	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes	7
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 14/1513	
(überwiesen am 1. Juli 1998 an den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß	
3. Antrag gemäß § 10 a LHO für das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein	8
hier: Kenntnisnahme des Controlling-Berichts über die Inanspruchnahme von Flexibilitäten im zweiten Quartal des Haushaltsjahres 1998	
Schreiben des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein	
Umdruck 14/2226	

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Innen- und Rechtsausschusses um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002

Drucksache 14/1628

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

hierzu: Umdruck 14/2231

- **Einzelplan 04**
- **Kapitel 1204**

St Wegener gibt einen kurzen Überblick über den Einzelplan 04.

Der Ausschuß verständigt sich darauf, die grundsätzliche Diskussion zum Thema Datenzentrale in seiner Sitzung am 29. Oktober 1998 zu führen.

Abg. Heinold bittet um eine Auflistung der geplanten Anschaffungen von Polizeidienstfahrzeugen für die nächsten Jahre.

Abg. Schlie kündigt an, zum Themenbereich Personalentwicklung im Bereich der Polizei schriftlich Fragen zu stellen.

Abg. Sager bittet um eine Aufstellung der Verteilung der Mittel für Aus-, Fort- und Weiterbildung auf die einzelnen Ressorts sowie eine Darstellung der damit verbundenen Synergieeffekte und der Kostenersparnis.

Der Ausschuß verständigt sich auf Vorschlag des Abg. Neugebauer darauf, den Komplex Verwaltungsfachhochschule Altenholz grundsätzlich zu diskutieren, wenn das Konzept der Landesregierung dazu vorliegt. Hierzu soll dem Finanzausschuß ein schriftlicher Überblick über die Kostensituation vorgelegt werden.

Abg. Kähler spricht die im Entwurf vorliegende Telekommunikationsüberwachungsverordnung des Bundes an und führt aus, daß danach alle Unternehmen mit mehr als 20 Telefonanschlüssen verpflichtet werden sollten, ihre Telekommunikationsanlage automatisch überwachungsfähig zu gestalten. Sie fragt nach den kostenmäßigen Auswirkungen insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe sowie nach der Haltung der Landesregierung zu dem „Ansinnen“ der Bundesregierung.

Abg. Neugebauer erinnert an die Vorlage einer Übersicht über die Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben für das laufende Haushaltsjahr.

Abg. Heinold fragt nach einer aktuellen Übersicht über die Kosten und Einnahmen des Polizeiorchesters. Abg. Neugebauer stellt die ergänzende Frage nach der Zahl der Auftritte des Polizeiorchesters in den letzten zwei Jahren.

Eine kürzere Diskussion führt der Ausschuß zum Thema zweigeteilte Laufbahn im Bereich der Polizei und Einführung des Laufbahnverlaufmodells. St Wegener sagte im Zuge dieser Diskussion zu, dem Ausschuß eine Übersicht über die erforderlichen Finanzen zur Einführung des Laufbahnverlaufmodells zuzuleiten.

Auf die Frage von P Dr. Korthals zum gegenwärtigen Stand der Umsetzung des Beschlusses des Landtages zu COMPAS antwortet St Wegener dar, daß die bei der Datenzentrale in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung liege noch nicht vor.- PD Kobza berichtet über den gegenwärtigen Stand der Überlegungen und trägt vor, daß es nach wie vor erhebliche fachliche Vorbehalte hinsichtlich einer Umstellung des Betriebssystems gebe, die sich auf die Handhabbarkeit des Produkts, die Administration sowie die Stabilität des Systems bezögen. Derzeit werde intensiv der mögliche Einsatz von Windows NT 5.0 als Betriebssystem geprüft.

Abg. Lehnert geht auf den Bereich der Investitionen bei der Polizei ein und bittet um eine schriftliche Übersicht über die Summe der Investitionen für das Jahr 1998, eine Darstellung darüber, wie hoch die Summe nach der Barwertberechnung heute wäre, sowie eine Gesamtinvestitionsübersicht.

Abg. Schlie fragt nach einer schriftlichen Übersicht über die Anzahl der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge im Vergleich zum Vorjahr. Außerdem bittet er um eine Übersicht über die Kosten von Baumaßnahmen bei Asylbewerberunterkünften, die Entwicklung der Nutzung dieser Unterkünfte sowie Kostenanteile für Umzüge, bezogen auf die letzten zehn Jahre.

Abg. Schlie bezieht sich auf Kapitel 0405, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens, und bittet um Aufschlüsselung der in den Erläuterungen auf Seite 51 genannten Ausgaben zur Förderung des Feuerwehrwesens unter den Nummern 3 und 4 (Verfügungsbetrag des Innenministeriums und Aufgaben des Katastrophenschutzes sowie Personalkosten im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes).

Abg. Maurus bittet um nähere Ausführungen zu den in den Erläuterungen zu Titel 0407-51762, Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume aufgeführten drei Ermittlungsgruppen der Polizei sowie zu den im Stellenplan ausgewiesenen kw-Stellen zu Titel 0406-42601, Löhne der Arbeiter und Angestellten.

Abg. Peters wirft die Frage auf, ob und gegebenenfalls wie sich die Schwerbehindertenquote des Landes bei Gründung der GMSH verändert.

Der Vorsitzende fragt nach, ob es Überlegungen gebe, die neu zu gründende Anstalt GMSH gegebenenfalls im Sartori-Speicher unterzubringen sowie nach der Stellungnahme des Denkmalpflegers dazu.

Im Rahmen einer kurzen Diskussion zu Kapitel 1204 hält der Ausschuß einen kurzen Sachstandsbericht über die Errichtung des Polizeigebäudes in Bad Schwartau. In diesem Zusammenhang wirft der Ausschuß die Frage auf, wie die Landesregierung mit derartigen Maßnahmen bis zur Errichtung der GMSH umgehen will. Diese Frage wird der Ausschuß im Zusammenhang mit der Errichtung der GMSH grundsätzlich diskutieren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1513

(überwiesen am 1. Juli 1998 an den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

Der Finanzausschuß nimmt zur Kenntnis, daß der federführende Innen- und Rechtsausschuß beschlossen hat, schriftliche Stellungnahmen einzuholen und als Termin bis zur Abgabe der Stellungnahmen den 28. Oktober 1998 festgelegt hat. Weiter nimmt der Finanzausschuß zur Kenntnis, daß der federführende Ausschuß dem Finanzausschuß anheimgestellt hat, weitere Personen beziehungsweise Institutionen, die um Stellungnahme gebeten werden sollen, zu benennen.

Der Finanzausschuß regt ferner an, die Beratung zu dem Gesetzentwurf in einer gemeinsamen Sitzung durchzuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Antrag gemäß § 10 a LHO für das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein

hier: Kenntnisnahme des Controlling-Berichts über die Inanspruchnahme von Flexibilitäten im zweiten Quartal des Haushaltsjahres 1998

Schreiben des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein

Umdruck 14/2226

Auf die Frage des Abg. Neugebauer, warum das Statistische Landesamt von den eingeräumten Flexibilisierungsmöglichkeiten gemäß § 10 a LHO noch keinen Gebrauch gemacht habe, verweist MR Harms zunächst auf die Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme und legt dann dar, daß die eingeräumten Flexibilisierungsmöglichkeiten aufgrund der Einnahmesituation, sofern über erforderlich, erst im vierten Quartal in Anspruch genommen würden.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin